

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 2

Artikel: Wendezeit - und was nun? : Zweiter Brief nach Seldwyla
Autor: Winzeler, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143524>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wendezeit – und was nun?

Zweiter Brief nach Seldwyla

West-Berlin, 12. Januar 1990

Lieber Freund

Nach meinem Abgesang auf die Ära Honecker¹ kannst Du Dir wohl denken, dass ich die (marktkapitalistische) «Wende» in der DDR mir so nicht erträumt habe: nicht diesen kapitulationsartigen Abbruch der Mauer, nicht den Untergang der sozialistischen Menschenwürde in einem mit zwei Milliarden «Begrüssungsgeld» finanzierten Reise- und Konsumrausch, nicht das Fahnenenschwingen für Helmut Kohl in Dresden und die Eroberung des Brandenburger Tores durch trunkene Berliner – während in Rumänien die Tyrannie der Geheimdienste unter blutigen Opfern ausgetrieben werden musste und Bush als «Befreier» in Panama einfiel! Brach so das «glücklichste Jahrzehnt» (Kohl) der Deutschen an? Und für alle ein Jahrtausend «des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes» (Bush)? Schon diese Sprache ist mir Beweis genug, dass wir finsternen Zeiten entgegensehen. Da teile ich die Angst, die manche Juden und Ausländer überfällt. Fast scheint es, als ob der «real existierende Kapitalismus» auf allen Schlachtfeldern triumphiere: zuerst im Abwürgen einer freien und eigenständigen Entwicklung der Dritten Welt; dann in der ungeahnten technologischen Revolutionierung seiner Mehrwert-Produktion, schliesslich im Totrüsten der UdSSR und ihrer Trabanten. Es gibt nur noch einen Weltmarkt mit drei imperialistischen Zentren (USA, Japan, BRD) und eine zur Ohnmacht verurteilte «Zweidrittel»- oder besser: «Vierfünftelwelt».

Die Linke schmilzt dahin, und der alltägliche Faschismus wird immer lauter

Versteh es nicht falsch: Ich bedaure nicht, wenn die alte verlogene Welteinteilung des

«freien» gegenüber dem «kommunistischen» Totalitarismus endgültig in sich zusammenfällt (vielleicht werden der Vatikan und die Schweiz der NZZ ihre letzten Fluchtburgen sein). Ich freue mich am schwererkämpften Sieg der *Friedens- und Bürgerrechtsbewegung*, die das scheinbar Unmögliche möglich machte, indem sie Kirchen, Strassen und «untere Magistrate» mit Gorbi-Rufen für sich einnahm: «Wir sind das Volk!» – «Wir bleiben hier!» Da waren Christa Wolf und Stefan Heym, aber auch Zwingli, Calvin und Rousseau (auch Ragaz und Barth!) in der Menge zu entdecken, und da war noch sichtbar, wer nach «vorwärts» drängte – und wer leichten Fusses die Wiedervereinigung in der «sozialen Marktwirtschaft» suchte. Aber jetzt schmilzt die «vereinigte Linke» – wenn sie überhaupt noch zu Wort kommt – wie ein Butterberg dahin. Und, dürfte man unseren Medien Glauben schenken, könnte sich der übelste Verdacht des «Stasi» erhärten, dass hinter allem nur der «Westen» und die fremdbestimmte «Konterrevolution» steckten.

Versteh auch das nicht falsch: Ich spüre in der eigenen Brust die unsägliche Erleichterung der deutschen Menschen ob dem Verschwinden des Alptraumes dieses *Kalte-Kriegs-Kommunismus*, der das Volk geteilt, geängstigt,zensuriert, kaserniert oder sonst inhaftiert und gepeinigt hat. Als man Hitlers ledig geworden war, hat die «antifaschistische Einheitsfront» doch nicht die plurale Freiheit der Andersdenkenden, sondern – auf ökonomisch schwachen Füßen – eine monolithische Parteidiktatur gebracht. Nur, *um welchen Preis* ist sie über Jahre hinweggebetet und jetzt hinweggeschwemmt worden? Wer will garantieren, dass dies morgen auch gegen das «Machtmonopol» des Kapitals glücken wird, das sich heute die Klinken in die Hand gibt? Und wer aus der (politökonomisch

ahnungslosen) «demokratischen» Opposition wollte in einem «einig Vaterland» erwachen, in dem DER SPIEGEL kaum mehr vom Bayernkurier zu unterscheiden ist, wo es unmöglich – oder gefährlich – wird, die nackte Wahrheit zu sagen, derweil der alltägliche Faschismus immer lauter und in Bonn beinahe zur «Normalität» geworden ist, wo auch die vereinte SPD sich eilig von der SED-PDS distanziert und man bis in Kirchenkreise vom jüdischen «Schlitzohr» Georg Gysi (und seinen dunklen Hintermännern) spricht – Gott sei Dank gibt es ihn!² Die Regierung Modrow war rechtmäßig und gut, solange sie vor Bonn in die Knie ging und übereilte Wahlen ansetzte, jetzt wird sie – unter Mithilfe der Opposition am Runden Tisch – als «sogenannte Regierung» ohne Volksvertretungsspruch demontiert. So bringen jede Zeitung und jede Talk-Show eine fabelhafte Neuigkeit ins Haus. Wer wollte noch an Egon Krenz zurückdenken und an die eigene Volksarmee und Arbeitermacht, die (und wenn mit Drängen des roten Bruders) doch diesmal gehalten haben, worauf sie vereidigt waren?

Spekulationen auf «Stunde Null», Volksverdummung und Bonner Heilsrezept

Letzte Woche durften auch wir verschupften Ausländer und Ausländerinnen in West-Berlin uns die Behaglichkeit leisten, in nur 15 Minuten in Potsdam-Sanssouci zu sein, «sorglos» wie der Kaiser im Grünen zu wandern (als ob es nie ein Potsdam 1933 und 1945 gegeben hätte) und auf eine Westmark zwei Kännchen Kaffee serviert zu bekommen (Wechselkurs 1:3). Ein Ostbürger muss dafür auf dem Kudamm über 10 Ostmark (1–10 Prozent Monatslohn oder Rente) hinblättern. So darf die Planwirtschaft auch unsere «freien» Preiskämpfe auf dem Weltmarkt (ob bei Kupfer, Bannen oder Kaffee) subventionieren und kann nur hungernden Polen verbieten, den Lebensbedarf in ihren Warenhäusern zu decken. Gewiss, die DDR braucht jede Art Devisen, wenn sie den immensen «Nachholbedarf» der Werktätigen aus Leipzig und Dresden stillen sollte (worüber ich nicht moralisiere). Aber ich sehe sie erst

recht auch im eigenen Land zu *Deutschen «zweiter Klasse»* werden, wenn der Mercedes das Land erobert und sie sich einmal mehr von allen Seiten verraten und verkauft fühlen!

Ist das die Blindheit von Modrow und den drei Frauen, die hier (wo gab es das schon?) Wirtschaft, Finanzen und das «gerechte» Preis-Lohn-Gefälle verwalten? Ich glaube nicht: Ein Wechselkurs von 1:3 ist immer noch gerechter als das technologisch bedingte Produktivitätsgefälle von 1:4.⁴ Es ist besser, in den sauren Apfel zu beißen, als den Schwarzmarkt zu beleben, zumal auch fremde Herren hineinregieren, die unverzüglich «marktgerechte» Investitionsanreize und Gewinntransfer-Garantien verlangen und auf die «Stunde Null» spekulieren⁴, wo sie als «Helfer in der Not» die Konkursverwaltung antreten können. Der «geplante Ausverkauf», den man in Chile vorexerzierte⁵, ist ja kein blosses Gerücht. Nur, wo sind da die guten Hirten, die aus dem Schlaf erwachen – «fürchtet euch nicht!» – und der westlichen Politprominenz *jede moralische Legitimation* absprechen, die aus Notdurft und Verwirrung der Menschen Kapital schlagen will, noch bevor es zu «freien Wahlen» kommen kann?

Es sei jetzt nicht die Zeit, heisst es, intellektuellen Spielereien anzuhängen und sich «am lebenden Subjekt» auf gefährliche Experimente des «Dritten Weges» einzulassen (NZZ, 23./24. 12. 1989). Doch gebieten auch *seelsorgerliche Gründe*, sich einzumischen und auf das harte Pflaster der Politökonomie zu wagen: Auch deren Gesetze sollen «dem göttlichen Willen gleichförmig sein, dass sie den Bedrückten beschirmen, selbst wenn er nicht klagte» (Zwingli). Da war der bisherige «Zwangsumtausch» gerecht, der uns einen Wechselkurs von 1:1 auferlegte – auch damit konnte ich den Band «Der Theologe Thomas Müntzer» 60 Prozent billiger erwerben (während die japanischen Meister des Protektionismus das eigene Volk darben lassen und bei uns erheblich billiger einkaufen). Ich sehe auch nicht, dass die sozialistische «Mangelverwaltung» schlechthin versagte und (mit 10 Prozent Westverschuldung) schon irreparabel am Boden läge. Die überhohe Inland-Kaufkraft der Privat-

haushalte bei niedrigster Miete und kostenloser Krankenpflege gegenüber mangelhaften Warenangeboten konnte jeder Hausfrau zeigen, dass man eben *unökonomisch wirtschaftete* und plante, zuviel subventionierte, zuwenig für den eigenen Bedarf und zuviel für den West-Export (wo nicht für Rüstung, Schwerindustrie und Braunkohle) investierte und die zunehmend arbeitsmüden Lohnempfänger nach allen Regeln «über die Verhältnisse» leben lassen wollte! Sage niemand, das hätte «man» nicht gewusst!

Das war auch kein «sozialistisches» Wirtschaften, das da mit Verschwendungen, Zucker und Peitsche regierte. Denn nur darauf basiert der Sozialismus (nach Marx und Rosa Luxemburg), dass – unter den Bedingungen des gerechten Tausches – kein Volk «mehr Wert» einheimsen und umverteilen kann, als mit Kopf und Händen erarbeitet und verkauft wird. Gewiss, die *Planwirtschaft* muss ihre Proportionen wahren und eigenverantwortlichen Betrieben grösere Markt-Freiheiten gewähren: Die Werktätigen sollen auch als Konsumenten *entscheiden* dürfen, was sie «brauchen», herstellen wollen, ersparen oder kaufen. Aber das weitere Gerede über fehlende marktökonomische Leistungs- und Profitanreize ist lauter Volksverdummung, zumal das Wachsen und Verknüpfen gerechter Marktbeziehungen (auch im Kapitalismus) viel Umsicht und Zeit benötigt.

Das Bonner Heilsrezept der raschen, sich angeblich selbst regulierenden Integration in den «freien» Kapital- und Arbeitsmarkt kann nur ein *Chaos* produzieren. Es wird nichts daran ändern, dass Bonn die eigenen Wettbewerbsvorteile schützen und die Minderproduktiven, wie zuvor, für unseren «Wohlstand» aus dem Markt herausspülen (lassen) wird. Wird man dem Land, wenn seine unersetzblichen Fachkräfte weiter abwandern (oder abgeworben werden), eine finanz- und strukturpolitische Vorzugsbehandlung gewähren, wenn man sie den leidenden sozialdemokratischen Kommunen doch seit Jahren «planmäßig» verweigert? Oder werden ein Kanzler Lafontaine und Egon Bahr morgen den Willen und die Macht haben, die «Währungsgemeinschaft» zu finanzieren und die Diktatur der Hochzins- und Geldverknappungspolitik

der «unabhängigen» Zentralbanken zu brechen? Das hofft man. Doch wenn der Jacobs-Kaffee in Leipzig 30 bis 50 Ostmark kostet, wird man dem Land eine Inflation bescheren und, wie überall, eine *Währungsreform* verpassen, die Milliarden Ersparnisse annulliert, die man produktiver hätte nutzen können.⁶ Es ist gespenstisch, wie solches alltäglich in der «Tagesschau» kommt – als segensreiches «Schicksal», gegen das kein Kraut gewachsen sei, weil Marx nur «Murks» ist. Noch ist die «Aktuelle Kamera» (Ost) informativer, auch wenn (nach dem Abgang der «Chefideologen») manches Unerträgliche eben ungesagt bleibt.

Den alten Machtapparat und die Wiedereinsetzung des Kapitals verhindern

So mag der «Machtwechsel» nicht abzuwenden sein, wenn Bonner- und Wende-Parteien nur noch ein gemeinsames Nahziel kennen: um jeden Preis das «SED-Regime» zerschlagen. Mich aber berührt das Ende der nun «aussätzige» gewordenen Altkommunisten (und mancher Stasi-Leute), die den Sündenbock abgeben müssen, die der *Revolution des Hasses* (auch gegen Söhne und Töchter) nicht gewachsen sind, die zuweilen noch von der Rückkehr an die Macht träumen – oder lieber tot sein wollen, als zu den «Wendehälsen» zu gehören. Ich sehe zu viele ehrliche Genossinnen und Genossen hüben und drüben den Mut verlieren und frage mich ja selber, ob jeder in Sack und Asche gehen müsse, der sich nicht zur «Opposition» gesellte, sondern den greisen Antifaschisten wie Aaron dem Mose die Arme hochhielt (Ex 17,8ff.; Dt 25,17f.). Oder sollte die «marxistisch-leninistische» Wahrheit, weil auch sie (wie unser Christentum) in menschlicher Schwachheit, Lüge und Tyrannie einherging, nur noch Dummheit und sträflicher Irrtum heissen? Sie konnte ja nur «allmächtig» werden, weil sie auf geschichtlichen Tatsachen und prophetischer Wahrheit beruhte, und wurde zur heidnischen Ideologie, als sie sich mit dem «Naturgesetz» des Fortschritts und dem «Recht der Stärkeren» kompromittierte. Sofern sie aber «Moses und die Propheten» bezeugte, kann ich

mich davon nicht distanzieren⁷, wenn die Lügenpropheten das Wort ergreifen, sondern will lieber mit der materialistischen Schriftauslegung fortfahren, «als wäre nichts geschehen» (Barth 1933). Die Kirche kann auch nicht der Glorie eines «vierten Reiches» zuliebe Text und Predigtordnung absetzen! Keine Marktgottheit entbindet uns vom Ersten Gebot, die Wehrlosen zu schützen und das Recht der Schwachen und Fremden aufzurichten.

So wollte ich doch die Feiertage nutzen, um ins Neue Jahr des auferstandenen Herrn hinüber zu denken, der die Freilassung aller Gefangenen, aber auch den *radikalen Schuldenerlass* will (Lk 4,18f.; Lev 25). Dieser wäre auch ökonomisch die einzige «realistische Alternative», während es lästerlich ist, von «Wiedergutmachung» gegenüber Wirtschaftskriegs-Opfern zu reden – und einen Kredit auf den anderen zu türmen. Weil ich an den Ausgang dieser Sache nicht glauben mag (Pred 7,9) und nicht à la hausse, nicht à la baisse spekuliere, will ich lieber die endlich «frei» gewordene Hoffnung auf ein Deutschland in festen Grenzen bejahen, das uns mit vereinten Kräften seine Friedensliebe beweist und in einem föderierten Europa im demokratischen Sozialismus zusammenfinden und mit sich und anderen «einig» werden könnte. Müssten wir uns nicht überall auf den «Dritten Weg» der «humanen Wirtschaftsdemokratie» wagen? (Sieh doch in die auf weite Strecken wohldurchdachten 800 Seiten des vergriffenen Buches von Ota Sik aus dem Jahr 1979!) Und müssten ihn nicht auch diejenigen mitgehen und aktiv mitgestalten, die jetzt alles satt haben, was nach Sozialismus riecht?

So wünschte ich mir in der Tat eine «starke Regierung» (Gysi) durch starke Beteiligung der Arbeiter- wie der Bürgerrechtsparteien, die das bisher Errungene nicht blind zertrümmert, sondern das wirkliche «Allgemeininteresse» zu wahren sucht, das Wiederhochkommen des alten Machtapparates und die Wiedereinsetzung des Kapitals in seine «Eigentumsrechte» aus der Hitlerzeit verhindert (nur das ist mit der «Wiedervereinigung» gemeint). Die SED-PDS könnte auch eine kräftige Opposition bilden, wenn nur die Verfassung das Sozialeigentum bzw. das Recht auf Arbeit und Renten garantiert.

Wenn ihr «Machtmonopol» ausgedient hat, kann sie umso mehr die Basis organisieren und *sozialistische Produktionsgenossenschaften* erkämpfen. Und wo der «freie Markt» Vereinbarungen zum gegenseitigen Vorteil zulässt, können diese Genossenschaften sich den je besseren Vertragspartner aussuchen, der die sozialen Vorrechte respektiert und zum Vorteil der Schwachen und Mehr-Arbeitenden investiert.

Dann soll man wacker über die Bücher gehen und «Leistungen», Effekte und Sozialkosten von Plan und Markt gerecht bilanzieren, das unvermeidliche Ende des Kriegskommunismus mit dem Aufwand des ruinösen global-kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs, Abmursens und Mordens (gegen ärmste Verbündete des Sozialismus) in Relation setzen. Man mag einige Fernsehteams ins Ruhrgebiet, nach London oder Santiago, Sao Paulo und Manila entsenden, um zu sehen, wer gründlicher «abgewirtschaftet» hat. Dann wüssten Männer und Frauen, was und wen sie zu wählen haben. Dann könnte, während wir in die nächste Krise schlittern, ein *Frühlings erwachen des humanen Sozialismus* in Europa stattfinden, bei dem wir neidisch – nicht auf den höheren Konsum, aber – auf die ungleich grössere Solidarität, Bürgerbeteiligung und Lebensqualität dort drüben blicken.

Nur jetzt nicht den Mut verlieren!

Überhaupt: Nur jetzt nicht den Mut verlieren! Die «früheren Zeiten» waren nie besser als die heutigen (Pred 7,11), und ein vom Volk angenommener «demokratischer Sozialismus» braucht den *friedlichen Wettbewerb der Systeme* (den das Kapital noch nie zulassen wollte) nicht zu fürchten (sowenig wie die Christen das alte Rom). Er wird den Gürtel enger schnallen müssen, und doch Auswege finden; denn «Not macht erfindersch!» Er braucht – wie ich es in West-Berlin nüchtern erlebe – himmlische und irdische «Schutzmächte», die seine politische Souveränität bewahren und sein Bürgerrecht anerkennen – und gefährliche Tiger im Käfig oder im Zoo lassen! Er braucht dringlich eine *Abrüstung*, die das gebundene Produktivvermögen freisetzt, aber keine Milliarden-Kredite für den Ankauf westli-

cher Ausrüstungen, wenn zwei Drittel der Bevölkerung dabei verarmen. Er benötigt kein Raub- und Venture-Kapital, das auf rasche Extraprofite schiebt, aber wohl handverlesene Joint Ventures mit echt «geteiltem Risiko», auch ökumenische Netzwerke und Arbeitsbrigaden, die beim Aufbau helfen, zu niedrigen Renditen Geld und Arbeit investieren und sich heute schon auf «umweltverträgliche» Produkte, auf reale Mitbestimmung, Energieersparnis, kaufkräftige Vollbeschäftigung und darum «effektive Nachfrage» einstellen. Was sollen gigantische Investitionsruinen (oder AKW's) zwecks Massenfertigung unverkäuflicher Billiglohnware, wenn es in Brasilien gar nicht mehr lohnt, dafür eine müde Mark (oder einen Franken) anzulegen?

So wird dem «siegreichen» deutschen Adler auch in Osteuropa der Pleitegeier und die Ernüchterung folgen und mancher Bank die Lust vergehen. Dann würde auch Seldwyla vielleicht auf neue Gedanken kommen – nicht nur zur Abschaffung der Armee, sondern auch zu einer besseren Mischung von Monopolen und Sozialstaat, von Kapital und Wirtschafts-Demokratie, Plan und Markt – und von den himmelschreiend ungerechten «freien Preisen» endlich zu «menschengerechten», von Produzenten und Konsumenten auch zum eigenen Besten deklarierten und überwachten Binnenmarkt- und Weltmarktpreisen überlaufen.

Verzeih meinen Unmut und bleibe wohl-auf!

1 Vgl. P. Winzeler, *Not und Verheissung des «realen Sozialismus»*, NW 1989, S. 349ff.; dazu: *Von der «Ökumene des Profits» zur Ökumene Jesu Christi, Grundlagen der theologischen Kapitalismuskritik heute*, Christ und Sozialist, Nr. 4/89, S. 15ff.

2 Sein Vater Klaus Gysi hatte als Staatskirchensekretär zusammen mit Bischof Schönherr die grössten Verdienste um die Friedens- und Reformpolitik der «Kirche im Sozialismus».

3 Lapidar ausgedrückt: Die BRD kann pro Arbeitsplatz mindestens viermal mehr harte Währung investieren (oft über 1 Million DM) und die DDR muss viermal mehr arbeiten, um dieselbe Exportware zu produzieren, und wenn diese nicht qualitativ «konkurrenzfähig» ist, investiert und arbeitet sie umsonst. R. Bahro hat recht, dass sie diesen Wettbewerb um Autos und Mikrochips nur verlieren kann und Marktlücken für hochstehende Gebrauchswerte und arbeitsintensive Spezialanfertigungen finden muss.

4 Gelingt es der SED nämlich nicht, «sich mit unserer Hilfe» aus dem Sumpf zu ziehen, «wird eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft unterhalb der alliierten Verbotsgrenzen der einzige Ausweg sein... Die Stunde Null... ist da» (Rudolf Augstein, in: DER SPIEGEL, 8. 1. 1990).

5 Im Ausverkauf Chiles 1970–1985 stieg der jährliche Kapitalzufluss von 0,4 auf 1,2 Milliarden Dollar, bei Zinsen bis 127 Prozent (1979) und einer Arbeitslosigkeit von über 30 Prozent (1983), und verursachte die schwerste Verschuldungsquote Lateinamerikas von 124 Prozent am Bruttosozialprodukt (Weltentwicklungsbericht 1987) und heute 60 Prozent Armut.

6 Ob durch Staatsanleihen, herkömmliche Aktiengesellschaften oder Investitionsfonds von selbstverwalteten Produktionsgenossenschaften.

7 Siehe Anm. 1. – Ich muss heute manches neu und anders, aber kann nicht grundsätzlich etwas anderes sagen. Vgl. Einige gegenwärtige Fragen des christlich-sozialistischen Bündnisses, Neue Stimme 5/1985; «Erste Hilfe» für die Armen!, Neue Stimme 3/1987; Protestantische Ethik, Weltwirtschaftskrise und «Perestroika», Neue Stimme 5/1988; Neubestimmung des Sabbates in ökonomisch-ökologischen Zusammenhängen, Rosch pina, Nr. 7, 1989.

Warum müssen Länder, die nun das vom Westen immer verurteilte «Wahrheitsmonopol» der Kommunisten aufgegeben haben, an die alleinseligmachende Wahrheit des freien Marktes glauben? Und warum müssen Länder, denen man immer vorwarf, ihre wirtschaftlichen und politischen Direktiven von Moskau zu erhalten, sich nun den wirtschaftlichen und politischen Direktiven des Internationalen Währungsfonds in Washington oder der EG-Zentrale in Brüssel unterwerfen? Warum muss der Westen bestimmen, welche Reformen im Osten notwendig und welche nicht ausreichend sind?... Solange das westliche Wirtschaftssystem neben Reichtum und Wirtschaftswachstum auch Arbeitslosigkeit, Massenelend und Umweltzerstörung produziert, ist seine absolute Überlegenheit und Richtigkeit nicht schlüssig erwiesen. Die negativen Folgen dieses Systems werden auch dadurch nicht positiver, wenn man sich auf das «Scheitern» eines anderen Systems beruft. Angesichts der sozialen und ökologischen Probleme in der kapitalistischen Welt ist jedenfalls Siegestaumel nicht angebracht.

(Adalbert Kirms, *Das Ende des Kommunismus?*, Kritisches Christentum, November 1989)